

MAGAZIN DER SPD-FRAKTION IM THÜRINGER LANDTAG

## Später müssen Fremde büßen

RASSISMUS WAR GEGENSTAND ZWEIER ANHÖRUNGEN - 6000 BEI DEMONSTRATION

Im Rücken die steil aufragenden Wände der Neubaublöcke mit ihren erleuchteten Fenstern; Junge, Alte und Kinder, die verhalten den Worten der Redner an diesem kalten Novemberabend lauschen und die Hände schützend um flackernde Kerzenflammen halten - Eindrücke, die viele nach der Demonstration gegen rechte Gewalt am 9. November in Erfurt mit nach Hause genommen haben werden. Etwa 6000 Erfurter waren gekommen, um an der Kundgebung an der neuen Synagoge am Juri-Gagarin-Ring teilzunehmen. Vor der Kulisse der Synagoge, an deren Wänden im April ein Brandsatz landete, riefen die Redner ihren Appell an die im Dunkel ausharrenden Bürger: Lasst nicht zu, dass in Deutschland wieder Menschen wegen ihrer Hautfarbe, Herkunft oder Religion um ihr Leben fürchten müssen. Erstaunlich unpolitisch waren die fast ausschließlich aus den Reihen der CDU stammenden

Redner: Landtagspräsidentin Christine Lieberknecht, Ministerpräsident Vogel und Erfurts Oberbürgermeister Ruge beschränkten sich darauf, die Menschen zu Zivilcourage und zum Hinschauen zu ermuntern.

Beides braucht es auch, wollen die Thüringer dem braunen Mob etwas entgegensetzen. Erschreckend sind die Fakten, die die Redner in den zwei Anhörungen zum Thema Rechtsextremismus äußerten. 128 Menschen sind nach Angaben der Landesarbeitsgemeinschaft Antirassismus/Antifaschismus seit der politischen Wiedervereinigung durch Neonazis in Deutschland ums Leben ge-



**Kerzen in den Händen** hielten viele Besucher der Demonstration gegen Gewalt und Fremdenfeindlichkeit am 9. November an der Synagoge. Foto: Archiv

kommen. Vier Faktoren begünstigen laut Prof. Hajo Funke, anerkannter Extremismus-Forscher an der Freien Universität Berlin, die Ausbreitung rechtsextremer und fremdenfeindlicher Anschauungen in der Ex-DDR. Zum einen eine auffällig autoritäre Erziehung in vielen ostdeutschen Familien; die extremen sozialen Erschütterungen in den 90-er Jahren; eine negativ gefärbte Diskussion in der Öffentlichkeit um das Thema Asyl und die Zusammenrottung von Jugendlichen, die ihre Wut vor diesem Hintergrund in der Bildung von Gruppen mit rechtsex-

tremem und rassistischem Hintergrund entladen. Funke, der sich in seinem Vortrag eindeutig für ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus und Rassismus aussprach, plädierte dafür, genau diese „autoritären und gewaltbereiten Strukturen“ zum Gegenstand eines Landesprogramms zu machen. Und: „Wir müssen den Schutz der Opfer in den Mittelpunkt stellen und damit eine Umkehr der Perspektive erreichen“, so Funke weiter. Zudem müsse sich eine „Kultur der Konfrontation gegen rassistisches Gedankengut“ entwickeln.

### PARLAMENT

Fraktion legt Novelle der Thüringer Kommunalordnung vor.

Seite 3

### AKTUELL

Thüringens Ausländerbeauftragter provoziert mit Rede.

Seite 4



**SPD**  
THÜRINGEN  
LANDTAGSFRAKTION

## Politik - Eine Frage der Definition?

Wo im Landtag darf Politik stattfinden? Nur im Plenarsaal und den Abgeordnetenbüros? Oder auch auf den Fluren der Fraktionsetagen?



Und wer legt eigentlich fest, was eine politische Äußerung ist? Mit diesen Fragen musste sich die Fraktion zwangsläufig in den vergangenen Wochen auseinandersetzen. Hintergrund: Der Zwist mit der Landtagsverwaltung um mehrere Aufsteller mit Plakaten für das Volksbegehren „Mehr Demokratie in Thüringen“. Die nämlich standen einige Wochen in den Fluren der SPD-Fraktion in der vierten Etage des Landtagsgebäudes. Diese Aufsteller- und die damit verbundene Aufforderung, sich für das Volksbegehren zu engagieren - riefen die Landtagsverwaltung auf den Plan. Werbetafeln in den Fluren seien unzulässig, so die Verwaltung. Allerdings: Auch die CDU und die PDS lassen Besucher auf ihren Etagen nicht im Unklaren darüber, für welche Vereine, Verbände und Organisationen sie Sympathien hegen. Wird hier also mit zweierlei Maß gemessen?

Folgt man der Argumentation der Bürokraten, dann muss dies zwangsläufig bedeuten, dass jedwede politische Meinungsäußerung, die nicht in den Büros der Mitarbeiter und Fraktionäre bleibt, zu unterlassen ist. Eine Farce? Ein erneuter Auswuchs bürokratischen Übereifers? Mitnichten, lässt man nicht außer Acht, dass sich ähnliche Versuche, in dieser Frage Druck auf Mitarbeiter auszuüben, auch an anderen Stellen ereigneten. So zum Beispiel im Landesverwaltungsamt und bei der Polizei. Wieder einmal zeigt sich, dass es mit dem Demokratieverständnis in Thüringen noch nicht weit her ist. Dass dies gerade im Landtag, der Schaltstelle für demokratisches Handeln, so offen zutage tritt, ist mehr als beängstigend.

**Dr. Werner Pidde**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

# Regierungsarbeit war anfangs ernüchternd

10 JAHRE SPD-FRAKTION: HEIKO GENTZEL ERINNERT SICH



Mit einer rundum gelungenen, teilweise anrührenden Rede hat SPD-Fraktionschef Heiko Gentzel beim Empfang zum 10-jährigen Bestehen der SPD-Fraktion im Radisson aufgewartet. Gentzel begann seine Rede beim politischen Selbstverständnis der SPD und endete in der unmittelbaren Gegenwart: der anstehenden Verabschiedung des Haushaltes und der kürzlich vorgestellten Novelle der Kommunalordnung. Zwischendurch gab es den einen oder anderen Rückblick in die Vergangenheit. Lachsalven bei den Gästen löste beispielsweise die Erinnerung an den gewagten Entwurf eines Schattenkabinetts in der Bild-Zeitung durch den ehemaligen Abgeordneten Andreas Enkelmann Anfang der 90-er Jahre aus. Und auch bestimmte Haushaltsdebatten in der ersten Legislatur unter der Regie von Ekkehard Dietze scheinen vielen Abgeordneten und Freunden der Fraktion noch in bester Erinnerung zu sein. Nicht vergessen wurden von Gentzel die Diskussionen um die Gebietsreform Mitte der 90er Jahre. So sei es bei der Suche nach den Sitzen für die neu gebildeten Kreise teilweise zu „sensationellen“ Ergebnissen gekommen.

Der Fraktionschef ließ auch die Jahre, in denen die SPD an der Regierung beteiligt war. Revue passieren. „Ernüchternd“

seien die ersten Wochen und Monate gewesen, erinnerte sich Gentzel, und: „Die Arbeit wäre nie gelungen, wenn nicht bei der zuständigen Ministerin und den Ministern ein Mindestmaß - und auch mehr als ein Mindestmaß - an Kollegialität zu spüren gewesen wäre.“ Aber auch Positives aus dieser Zeit wurde erwähnt. So zum Beispiel die gelungene Neustrukturierung der Thüringer Krankheitslandschaft; Verbesserungen im Breiten- und Leistungssport und der Bau eines modernen Biathlon-Stadion in Oberhof, der auf die damalige Sozialministerin Irene Ellenberger zurückgeht. Als Beispiele für eine erfolgreiche SPD-Politik wurden von Gentzel außerdem das Thüringer Abgabengesetz, die Einführung der Kontaktbereichsbeamten und die Präventionspolitik des damaligen Innenministers Richard Dewes gewertet. Eines allerdings haben bei allen Unternehmungen der SPD in den vergangenen 10 Jahren immer an erster Stelle gestanden: Arbeit zu schaffen für die Thüringer. „Wer in der Politik Gutes tun will, darf, wenn er verantwortlich damit umgeht, eben nur das verteilen, was auch durch die Menschen erarbeitet wurde“, so Gentzel.

Übrigens: Einer von vielen interessierten Zuhörern war Thüringens Regierungschef Vogel.

## Landespolitiker verirren sich von amtswegen selten ins Spital

SPD-GESUNDHEITSEXPERTIN HEß NAHM IM SOMMER THÜRINGER KLINIKEN UNTER DIE LUPE

Die Route hat sie sich selbst zusammengestellt - mit Hilfe einer Thüringenkarte, die in ihrem Büro im Landtag hängt und einem Schälchen voller Stecknadeln mit bunten Köpfen. Vier Wochen brauchte Petra Heß, gesundheitspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, bis sie 53 von 55 Klinikstandorten in Thüringen in der Sommerpause „abgearbeitet“ hatte. Klinikbereisung nennt sich so etwas unter Gesundheitsexperten. Eine Reise, die sich gelohnt hat, so Petra Heß rückblickend: „Ich habe unwahrscheinlich viel dazugelernt“. Offen und sehr herzlich sei sie in den Krankenhäusern empfangen worden, so die 41-jährige.

Mehrere Schwerpunkte hatte Petra Heß im Vorfeld in ihren Fragenkatalog aufgenommen. So zum Beispiel Fragen nach den Aufgaben des Krankenhauses in der jeweiligen Region, nach der Kooperation

mit anderen Häusern, der Zusammenarbeit mit den Krankenkassen und den Erwartungen an den neuen Krankenhausplan. Letzterer beinhaltet strukturelle Probleme und Planungsfragen, Informationen über die Anzahl der Betten in den Häusern und über in den Einrichtungen angebotene medizinische Leistungen. Demnächst, im kommenden Jahr, soll das Land einen neuen Krankenhausplan vorlegen. Ein Vorhaben, das nicht unumstritten ist. Zweifelndoch viele Thüringer Klinikchefs den Sinn eines neuen Planes prinzipiell an, da es bereits 2003 auch eine neue Regelung fürs sogenannte Entgelt geben soll. Diese wiederum beinhaltet eine leistungsgerechte Finanzierung aller medizinischen Verrichtungen, die im jeweiligen Krankenhaus angeboten werden: von der Gallenoperation bis hin zur neuen Hüfte. „Viele Ärzte gehen davon aus, dass sich mit

diesem neuen Entgeltsystem die Debatte um den Krankenhausplan von selbst erledigt“, so Petra Heß. Denn dann werde automatisch ein verschärfter Konkurrenzkampf herrschen, die Frage nach einem vom Land gesteuerten Finanzplan sei überflüssig.

Insgesamt war Petra Heß beeindruckt vom hohen Standart in den Thüringer Krankenhäusern - sei es nun in medizinischer oder baulicher Hinsicht. „Wir können locker mit Häusern in Bayern oder Hessen mithalten“, so Heß. 3,7 Milliarden Mark seien seit der Wende in die Einrichtungen geflossen.

Vielorts habe sie vor Ort schlichtweg Verwunderung über soviel Interesse am Klinikalltag erfahren, so Petra Heß. „Bis Sie kamen, hatte sich noch nie ein Politiker persönlich in unserem Krankenhaus sehen lassen“, so der Chefarzt einer großen Klinik.

## SPD-Fraktion will mehr direkte Demokratie für Bürger

NOVELLE DER THÜRINGER KOMMUNALORDNUNG PRÄSENTIERT

Die SPD-Fraktion will die Beteiligung der Bürger an Entscheidungen in Kommunen und Kreisen erleichtern. Dafür wurde die seit sieben Jahren gültige Thüringer Kommunalordnung überarbeitet. Der von der Fraktion vorgelegte Entwurf wurde Ende Oktober der Presse vorgestellt. Vorgesehen sind unter anderem Kinder- und Jugendparlamente, die Senkung von Quoren für Bürgerbegehren, Bürgerantrag und Bürgerentscheid und eine Erleichterung der wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen. „Wir wollen nicht alles durcheinander bringen“, sagte Volker Schemmel, der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion. Änderungen sind aber bei immerhin 40 der insgesamt 131 Paragraphen starken Kommunalordnung vorgesehen.

Die Quoren sollen nach Gemeindegröße gestaffelt werden - beispielsweise soll

das Quorum beim Bürgerentscheid in Gemeinden mit über 10.000 Einwohnern 15 Prozent betragen. Künftig soll es auf Landkreisebene außerdem die Möglichkeit zum Bürgerantrag, zum Bürgerbegehren und Bürgerentscheid geben. Jeder Einwohner soll das Recht haben, sich mit Vorschlägen, Bitten und Beschwerden, soweit sie Gemeindeangelegenheiten betreffen, an die Gemeinde zu wenden.

Verbessert werden soll auch die Informationspflicht der Gemeinden gegenüber den Einwohnern. So sollen die Gemeinden die Bürger laut Entwurf rechtzeitig und ausreichend über geplante Arbeiten im Straßenbau sowie den Bau von Wasser- und Abwasseranlagen unterrichten. Zur Information des Gemeinderats und der Bürger sollen die Kommunen einen

parten Rechts, an denen die Gemeinde beteiligt ist, erstellen.

Vorgesehen ist außerdem, dass der Bürgermeister dem Gemeinderat und den Ausschüssen regelmäßig über die Angelegenheiten des eigenen und des übertragenen Wirkungskreises der Gemeinde berichten muss. Jedes Gemeinderatsmitglied hat das Recht, vom Bürgermeister mündliche oder schriftliche Auskunft in diesen Angelegenheiten zu verlangen.

Erleichtern möchte die SPD-Fraktion die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden. Insgesamt soll es eine Lockerung in diesem Bereich geben. Die Hürden für die Bildung neuer Ortschaftsräte sollen kleiner werden. Lockerungen sind auch bei der Abwahl von ehrenamtlichen Bürgermeistern vorgesehen.

# Viele Quartiere stehen leer

DIE SITUATION AUF DEM WOHNUNGSMARKT STELLT NEUE ANFORDERUNGEN AN DIE POLITIK

von Sabine Dohr

In den vergangenen Jahre haben sich die Verhältnisse auf dem Thüringer Wohnungsmarkt grundlegend geändert. Während noch bis zu Beginn der vorigen Legislaturperiode 1994 etwa 70000 Wohnungen in Thüringen fehlten, haben sich die Zahlen inzwischen umgekehrt. Zwei Drittel des vorhandenen Wohnungsbestandes wurden saniert und modernisiert, jedoch hat der anhaltende Bevölkerungsrückgang dazu geführt, dass der durchschnittliche Wohnungsleerstand in den meisten Unternehmen die 20-Prozent-Marke erreicht. Mit diesen Leerstandsquoten ist auf Dauer jedes Unternehmen wirtschaftlich überfordert. Der Freistaat wird also in Zukunft nicht umhin kommen, den Abriss oder Rückbau von Wohngebäuden aus Landesmitteln zu unterstützen. Grundlage für beides muss aber ein städtebauliches Konzept sein.

Die Härtefallregelung im Altschuldenerhilfegesetz bietet den Wohnungsunternehmen die Chance, von Altschulden auf abgerissene Gebäude entlastet zu werden. Das von der Landesregierung geplante Programm zur Wohnungsmarktstabilisierung und zur Sanierung von Wohnquartieren ist ein erster Ansatz zur Unterstützung der Wohnungsunternehmen. Mit einer finanziellen Ausstattung von 25 Millionen Mark greift er aber zu kurz.

Anhaltender Bevölkerungsrückgang, Stagnation bei Einkommen und Kaufkraft und eine noch immer viel zu hohe Arbeitslosigkeit lassen auch über das Jahr 2003 hinaus Handlungsbedarf erkennen. Die SPD wird sich daher für eine weitergehende Förderung einsetzen. Darüber hinaus muß auch die anstehende Mietrechtsnovelle der Wohnungssituation in den neuen Bundesländern Rechnung tragen. Bei allem Einsatz für die Belange der Mieter kann es nicht sein, dass einzelne Mieter die Entwicklung eines ganzen Viertels blockieren. So muß unter bestimmten Umständen die Möglichkeit einer sogenannten Verwertungskündigung gegeben sein.

Nach Abriss und Rückbau ist die Nachnutzung der entsprechenden Flächen von entscheidender Bedeutung für die Wirtschaftskraft der Unternehmen. Auf



Immer mehr Wohnungen in Neubauten stehen leer. Der Freistaat kommt künftig nicht umhin, den Abriss von Gebäuden finanziell zu unterstützen.

Foto: Archiv

diesen Flächen sollten verstärkt Eigenheimstandorte ausgewiesen werden. Die Förderung von Eigenheimen auf der „grünen Wiese“ müsste aufhören. Die SPD wird in den Haushaltsberatungen daher vorschlagen, die Mittel für die Eigenheimförderung zumindest zeitweise in den Bestand bzw. die Sanierung vorhandener Wohnungen umzuschichten. Mit der Sanierung dieser Quartiere und der Ausweisung von Eigenheimstandorten auf diesen Flächen kann dann auch die Förderung wieder aufgenommen werden. Dies hätte auch eine Stärkung der Städte gegenüber dem Umland zur Folge.

Weitere Förderschwerpunkte sehen wir auch in Zukunft bei der Modernisierung und der Wohnumfeldverbesserung.

In diesem Zusammenhang sprechen wir uns eindeutig gegen den vom Finanzminister geplanten Verkauf des Wohnungsbauvermögens zugunsten des Erwerbs von Anteilen an der HELABA aus. Diese Mittel müssen zweckgebunden wieder in die Wohnungsbauförderung fließen. Die Höhe dieser Rückflüsse beträgt in diesem Jahr etwa 30 Millionen Mark, die dann in künftigen Haushaltsjahren nicht mehr für die Wohnungsbauförderung zur Verfügung stünden.

[www.spd-thl.de](http://www.spd-thl.de)

## Peters zündelt mit Worten

„Übel“ nennt Hans-Jürgen Döring, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, die Ausführungen; mit dem Wort „bizarr“ wartet Volkhard Knigge, Leiter der Gedenkstätte Buchenwald auf: Die Rede ist von dem Vortrag, den der Ausländerbeauftragte der Landesregierung, Eckehard Peters, bei einer Anhörung zum Thema Rechtsextremismus im Landtag hielt. Peters hatte in seinen Ausführungen unter anderem vom Bedürfnis der Deutschen nach einer „Nationalkultur“, von „vormodernen Kulturen und unaufgeklärten Religionen“ und der „unterentwickelten Bereitschaft von Ausländern, die Herkunftsstaatsbürgerschaft abzulegen“, schwadroniert. Nicht nur Journalisten stießen die Äußerungen Peters sauer auf, auch kommunale Ausländerbeauftragte distanzieren sich von Peters Äußerungen. Sie sind vor allem vor dem Hintergrund einer am gleichen Tag vorgelegten Studie über die politische Kultur in Thüringen und die Ausbreitung von Rechtsextremismus besorgniserregend. Aus dieser geht hervor, dass fast ein Drittel der Thüringer glaubt, in Deutschland gebe es zu viele Fremde; jeder Vierte der 18- bis 25-jährigen Thüringer bekundet Sympathien für eine Partei am äußeren rechten Spektrum. Dass sich Regierungschef Vogel dennoch vor seinen Ausländerbeauftragten stellt und CDU-Chef Althaus Peters' Überlegungen lediglich als „mißverständlich“ abtut, ist nicht weniger beängstigend.

### IMPRESSUM

**Herausgeber:** SPD-Landtagsfraktion, Arnstädter Straße 51, 99096 Erfurt, Tel.: 0361/377 2336, Fax: 0361/377 2417, Internet: [www.spd-thl.de](http://www.spd-thl.de). **V.i.S.d.P.:** Dr. Werner Pidde, Parlamentarischer Geschäftsführer. **Layout/ Satz:** malewski. **Druck:** Druckerei Jäcklein, Erfurt.

**Redaktionsschluss:** 27.11.2000

„inform“ erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflage von 10.000 Exemplaren.